

Der DGB-Bundesvorstand fordert die politisch Verantwortlichen in Deutschland und Europa auf, Griechenland sofort mit umfassenden Finanzhilfen zu unterstützen. Finanzielle Soforthilfen dürfen nicht an ein rigides Sparprogramm geknüpft werden, das zulasten der sozial Schwachen geht. Das am Wochenende beschlossene Hilfspaket für Griechenland beinhaltet harte und nicht hinnehmbare Auflagen. Wieder müssen Arbeitnehmer, Arbeitslose und Rentner mit Lohnkürzungen, Einschnitten bei Renten und Sozialleistungen sowie einer Anhebung der Mehrwertsteuer die Zeche für die Krise zahlen. Dies hätte für die griechische Volkswirtschaft und Bevölkerung katastrophale Folgen: Wachstum und Steuereinnahmen würden sinken, Arbeitslosigkeit und Schulden würden weiter steigen. Deswegen unterstützen wir unsere griechischen Kolleginnen und Kollegen in ihrem Kampf gegen eine falsche Politik.

Zur Lösung der Krise der Eurozone sind aus gewerkschaftlicher Sicht vier zentrale Maßnahmen erforderlich: Es braucht sofortige Finanzhilfen für die kriselnden Mitgliedsstaaten, eine Reform des monetären Ordnungsrahmens, eine strikte Kapitalmarktregulierung und einen solidarischer Abbau der Ungleichgewichte in der Eurozone. Deshalb schlägt der DGB Bundesvorstand vor:

- Die Staatsfinanzen müssen von den Kapitalmärkten entkoppelt werden. Deswegen brauchen wir eine *“Europäische Bank für öffentliche Anleihen“* (*European Bank for Public Bonds*). Sie kauft Staatsanleihen, hinterlegt sie als Sicherheit bei der Europäischen Zentralbank und bekommt dafür frisches billiges EZB-Geld. Das Geld leitet sie niedrig verzinst an die Mitgliedstaaten weiter.
- Die Bewertung der Bonität von Mitgliedsstaaten darf zukünftig nicht mehr von privaten Rating-Agenturen, sondern muss direkt von der Europäischen Zentralbank vorgenommen werden.
- Der Markt für Kreditausfallversicherungen (CDS) muss geschlossen werden. Kreditausfallversicherungen schaffen nur eine Scheinsicherheit. Wenn Investoren sich gegen Risiken absichern wollen, dann sollen sie ihr Portfolio diversifizieren. Dafür braucht man keine Kreditausfallversicherungen.
- Die Ungleichgewichte in der Eurozone müssen solidarisch abgebaut werden. Die unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit von Nord und Süd muss harmonisiert werden.

Erläuterungen des DGB-Bereichs Wirtschafts- und Steuerpolitik:

Das lange Zögern der Europäischen Regierungen hat eine Spekulationswelle gegen Athen verursacht. Griechenland befindet sich jetzt in Geiselhaf der Finanzmärkte. Monatelang konnten Investmentbanken und Hedge-Fonds mit Kreditderivaten auf die Pleite Griechenlands wetten. Rating-Agenturen, die noch kürzlich für Schrottpapiere Bestnoten vergaben, entscheiden über die Zukunft demokratischer Staaten. Deswegen muss Athen für frisches Kapital dreimal so hohe Zinsen zahlen wie Berlin. Portugal und Spanien droht das gleiche Schicksal. Ohne entschlossenes politisches Handeln droht die Eurozone auseinanderzufliegen.

Im Unterschied zum wirklichen Casino tragen die Zocker kein Risiko. Athen steht allein bei deutschen Finanzinstituten mit 32 Milliarden Euro in der Kreide. Um die Stabilität des deutschen Bankensystems nicht zu gefährden, werden jedoch die heimischen Banken keinen Cent abschreiben müssen. Ihre Extraprofiten - Prämien, Zinsen, Kursgewinne - bezahlen die europäischen Steuerzahler und griechischen Arbeitnehmer, Arbeitslosen und Rentner.

Um eine Wiederholung der jüngsten Krise zu vermeiden, bedarf es umfassender Reformen, die sofort umgesetzt werden können.

• Finanzhilfen

Griechenland braucht neue Kredite, um die alten Schulden zurückzuzahlen. Das ist nichts Neues. Jahr für Jahr nimmt auch die Bundesregierung neue Schulden auf, um ihre Ausgaben für Zinsen und Altschulden zu finanzieren. Griechenland aber bekommt auf den Kapitalmärkten kein Geld mehr – oder zu sehr ungünstigen Konditionen. Wenn die Europäischen Regierungen bereits Weihnachten 2009 Griechenland finanzielle Beihilfen zugesagt hätten, dann hätte es keine Spekulation gegen Athen gegeben. Die griechische Regierung müsste dann keine Wucherzinsen – inzwischen 16% - zahlen. Wenn jetzt keine hinreichenden Finanzhilfen gewährt werden, dann besteht die Gefahr, dass Athen doch noch zahlungsunfähig wird.

• Reform des monetären Ordnungsrahmens

Die Eurozone braucht eine monetäre Reform an Rumpf und Gliedern. Mit dem Kauf griechischer und portugiesischer Staatsanleihen könnte die Europäische Zentralbank jederzeit Druck vom Kessel nehmen. Amerikaner und Japaner finanzieren sich seit Jahrzehnten direkt über ihre Zentralbank und am Kapitalmarkt. Das ist vernünftig, weil sie sich den Spekulanten nicht ausliefern. Bei einer direkten Finanzierung durch die Zentralbank ist die Zinslast geringer. Die Verfassung der Europäischen Zentralbank verbietet aber eine direkte Finanzierung von Staatsschulden. Ein volkswirtschaftlicher Anachronismus. Was für private Geschäftsbanken selbstverständlich ist, ist Staaten nicht erlaubt. Nur zur Erinnerung: Die Banken können seit Herbst 2008 ihren Giftmüll im Eurotower einlagern und erhalten dafür billiges frisches Kapital. Diese Kredite gibt es zum aktuellen Leitzins von 1%. Diese unorthodoxe Geldpolitik hat maßgeblich zur Stabilisierung des Bankensystems beigetragen.

Die Staatsfinanzen dem Kalkül der Finanzmärkte zu überlassen, war einer der größten Geburtsfehler der Währungsunion. Der zugrundeliegende Mythos, dass

rationale Anleger für eine makroökonomisch effiziente Allokation sorgen, wurde durch die Finanzmarktkrise entsorgt. Der Vertrag von Lissabon kann aber nicht kurzfristig geändert werden. Deswegen sollte eine öffentliche *“Europäische Bank für öffentliche Anleihen“* (*European Bank for Public Bonds*) gegründet werden. Sie fungiert als Geschäftspartner der Zentralbank. Gegründet wird sie von den Ländern der Eurozone. Diese besorgen auch das nötige Eigenkapital. Die Bank erwirbt zunächst Staatsanleihen kriselnder aber auch stabiler Euroländer. Anschließend deponiert sie die Anleihen als Sicherheit bei der Zentralbank. Dafür bekommt die Bank zinsgünstige Kredite, die sie an Mitgliedsstaaten weiterreicht. Nur so haben diese Länder eine Chance ihre Haushalte zu sanieren. Zudem würden die günstigen Zentralbankkredite Druck auf die Zinserwartungen der Anleger ausüben. Damit sind die Staatsfinanzen der Euro-Länder von den Kalkülen der Finanzmärkte entkoppelt.

• **Kapitalmarktregulierung:**

Dem Treiben der Rating-Agenturen muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Die Bewertung der Bonität von Mitgliedsstaaten der Eurozone sollte zukünftig direkt von der Europäischen Zentralbank vorgenommen werden. Die Gläubiger sollen die Zahlungsfähigkeit ihrer Schuldner selbst bewerten und niemand sonst.

Kreditausfallversicherungen (CDS) schaffen nur eine Scheinsicherheit. Nicht jedes Risiko ist neutralisierbar. Eine Pleite Griechenlands kann keine Versicherung der Welt abdecken. Schon gar nicht die von Spekulanten auf dem Finanzmarkt erzeugte Zahlungsunfähigkeit. Folglich zahlen immer die Menschen die Zeche. Zudem fördern Kreditausfallversicherungen die Risikobereitschaft der Anleger und ihren Hunger nach immer höherer Rendite. Wenn Investoren sich gegen Risiken absichern wollen, dann sollen sie ihr Portfolio diversifizieren. Dafür braucht man keine Kreditausfallversicherungen.

• **Abbau von Ungleichgewichten**

Die Spekulanten surfen nur auf einer Welle. Der Sturm kommt aus der Realwirtschaft. Das Euroland ist tief gespalten. Die ökonomischen Ungleichgewichte wachsen. 100 Milliarden Euro schwer ist der deutsche Außenhandelsüberschuss im gemeinsamen Währungsraum. Eine Verfünffachung innerhalb der letzten 12 Jahre. Dem deutschen Überschuss entsprechen die französischen und südeuropäischen Defizite. Die Kundschaft deutscher Exporteure bekommt die Waren aber nicht geschenkt. Damit die Kunden flüssig bleiben, kaufen unsere Banken und Versicherungen griechische, spanische und italienische Schuldscheine. Dem deutschen Warenstrom folgt das heimische Kapital. Somit geraten auch die Leistungsbilanzen unserer Nachbarn in die roten Zahlen.

Auf Dauer geht das nicht gut. Jetzt hat der ganz Südeuropa große Schwierigkeiten seine Schulden zu bedienen. Verantwortlich für die steigenden Ungleichgewichte ist die unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften. Zentraler Maßstab sind die Lohnstückkosten – das Verhältnis von Arbeitskosten und Produktivität. Wenn die Arbeitskosten die Produktivität überholen, dann klettern die Lohnstückkosten und somit auch die Preise. Vom Start der Währungsunion bis zum Ausbruch der aktuellen Krise stiegen die Lohnstückkosten in Paris siebenmal so stark wie in Berlin. Die spanischen, portugiesischen und griechischen Lohnstückkosten kletterten sogar neun bis elfmal so stark wie hierzulande. Folglich werden deutsche Produkte immer

billiger. Treibende Kraft sind die Löhne. Im Hochproduktivitätsland Deutschland kommen die Löhne kaum vom Fleck. Am Mittelmeer steigen die Löhne stärker als die Produktivität. Früher korrigierten die Wechselkurse diese Unterschiede. Die deutsche Mark wertete auf, Drachme, Lira und Pesete werteten ab. Im gemeinsamen Währungsraum geht das nicht mehr. Ein „Weiter so“ sprengt die Europäische Währungsunion. Wenn Athen, Madrid und Lissabon nicht wirtschaftlich leistungsfähiger werden, dann versinken sie im Schuldenmeer. Soweit darf es nicht kommen. Die größte europäische Volkswirtschaft muss jetzt solidarisch gegensteuern. Das zentrale Problem ist nicht die deutsche Exportstärke, sondern die Schwäche des heimischen Marktes. Deutschland muss seinem kranken Binnenmarkt auf die Beine helfen. Nur so kann der Kuchen des Eurolandes wieder größer werden. Wenn der größte Binnenmarkt des gemeinsamen Währungsraums wächst, profitieren mittelfristig auch unsere Nachbarn. Dann schwinden die Überschüsse durch steigende Importe.

Aufgrund der Lohnschwäche kommt jedoch der heimische Konsum nicht in Schwung. Schuld sind nicht wir. Die Tarifabschlüsse in den Exportsektoren waren verteilungsneutral. Vielmehr drücken Billiglöhne – überwiegend aus den Dienstleistungsbereichen – die allgemeine Lohnentwicklung. Dieser Niedriglohnsektor muss durch Mindestlöhne, gleichen Lohn für gleiche Arbeit und die Förderung sozial versicherter Arbeit ausgetrocknet werden. Darüber hinaus müssen die öffentlichen Investitionen in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur aufgestockt werden. Hier ist die Politik gefordert.